



Foto: Adobe Stock/Photographie.eu

Begegnung und Beratung

Seniorenorganisation erstellt Handreichung zur Altenarbeit in Kommunen

BRANDENBURG. Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Unterstützung gelten bei körperlichen Beeinträchtigungen als unverzichtbar. Derartige Offerten sind etwa entscheidend dafür, dass ältere und pflegebedürftige Menschen an ihrem Wohnort gut und selbstständig alt werden können. Vor allem den Kommunen kommt dabei eine wichtige Rolle zu, die auch im Sozialgesetzbuch (SGB) festgeschrieben ist. Mit einem Themenheft „Altenarbeit in

Kommunen“, eine Handreichung zur Umsetzung des dafür geltenden Paragraphen 71 des SGB XII, unterstützt inzwischen die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (Bagso) Kommunen dabei, eine bedarfsgerechte Seniorenarbeit aufzubauen. Im Mittelpunkt stehen dabei, Beratungsangebote für ältere Bürgerinnen und Bürger, Orte der Begegnung sowie die Förderung ehrenamtlichen Engagements, um solche Angebote besser umsetzen zu

können. Die Handreichung richtet sich mit betroffenensspezifischen Informationen zum Aufbau solcher Strukturen an Fachleute in Seniorenarbeit, Verwaltung und Politik sowie Mitglieder von Seniorenvertretungen, Seniorenbüros und anderen Seniorenorganisationen. Das Themenheft zeigt Methoden einer kommunalen Altenplanung, die die Vielfalt der Lebenslagen im Alter berücksichtigt und die relevanten Akteure vor Ort einbindet. Fallbeispiele aus Kommu-

nen geben Anregungen, wie Seniorenberatung, Begegnungsangebote und Engagementförderung entwickelt werden können.

Die Handreichung gibt Seniorenvertretungen aber auch Fragen an die Hand, mit denen sie auf Politik und Verwaltung zugehen und den Ausbau der Altenarbeit so kritisch unterstützen können.

Das Themenheft stellt auch die rechtlichen Grundlagen der Altenarbeit in Kommunen dar. Eine zentrale Rolle kommt dem schon erwähnten Paragraph 71 SGB XII zu. Die Vorschrift ver-

pflichtet Landkreise und kreisfreie Städte, ein Mindestmaß an Beratung und offenen Hilfsangeboten für ältere Menschen zu gewährleisten.

„Altenarbeit in Kommunen – Eine Handreichung zur Umsetzung von § 71 SGB XII“ kann kostenfrei bestellt oder als PDF heruntergeladen werden unter www.bagso.de/publikationen/themenheft/altenarbeit-in-kommunen/.

➔ www.bagso.de/publikationen.
Telefonische Bestellung unter 0228/2499930.

Am Sonntag, dem 12. Mai, ist der Internationale Tag der Pflege

Für die bestmögliche Versorgung

AOK und Barmer bauen telemedizinische Versorgung in Seniorenheimen aus

BRANDENBURG. Eine App und digitalfähige medizinische Geräte ersparen zahlreichen Pflegebedürftigen in Einrichtungen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern den mitunter weiten Weg zum Arzt. Zu Jahresbeginn haben die Krankenkassen AOK Nordost und Barmer hier damit begonnen, die gerätegestützte telemedizinische Versorgung für Pflegeheimbewohner auszubauen.

Mit der geschaffenen Infrastruktur, die vom Patienten oder vom Pflegepersonal bedient werden kann, haben integrierte Mediziner weit bessere Diagnose- und Therapiemöglichkeiten als in gewöhnlichen Videosprechstunden. „Das ist ein großer Vorteil für unsere Bewohner, die kaum mobil sind“, wird Erik Mücke, Einrichtungsleiter im AWO Seniorenzentrum „Theodor Fontane“ in Oderberg, wo das System im Einsatz ist, auf medizinischen Portalen zitiert. Sie könnten Beschwerden vortragen oder Krankheitsverläufe ohne Arztbesuche untersuchen lassen.

Zum Einsatz können digitale Diagnosegeräte wie Pulsoximeter

zur Untersuchung des Sauerstoffgehalts im Blut kommen, Blutdruckmessgeräte oder Stethoskope. Auch Elektrokardiogramme sind möglich. Unter anderem können so Betroffene mit Herzkreislauf- und Atemwegserkrankungen oder chronischen Wunden bestmöglich versorgt werden – bei gleichzeitiger Entlastung aller Beteiligten, also der Pflegekräfte, Mediziner, Angehörigen und der Patienten selbst. Denn sie müssen nicht mehr extra in ein Krankenhaus oder eine Praxis transportiert werden.

„Mithilfe der Telemedizin haben wir eine Antwort gefunden, um auch künftig noch flächendeckend die Menschen bestmöglich zu versorgen“, sagt Daniela Teichert, Vorstandsvorsitzende der AOK Nordost. Die Kassen setzen nun darauf, bis Jahresende 2500 Versicherte mithilfe des Selektivvertrags zu erreichen. „Jährlich könnten in Deutschland 1,3 Millionen Krankenhausaufenthalte von Pflegebedürftigen vermieden werden, wenn Bewohner von Pflegeeinrichtungen ambulant besser versorgt würden“, so Gabriela Le-

yh, Barmer-Landeschefin in Brandenburg. gd



Foto: Adobe Stock/Prostock-Studio



Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Wie Arbeitnehmer von der Familienpflegezeit profitieren können

BRANDENBURG. Tritt innerhalb der Familie ein Pflegefall auf, stellt das Angehörige nicht nur emotional, sondern auch organisatorisch vor große Herausforderungen. Vor allem für Berufstätige ist es dann schwierig, Job, Pflege und Privatleben unter einen Hut zu kriegen. Hier kann die Familienpflegezeit helfen. Was das ist, wer einen Anspruch darauf hat und was es zu beachten gilt, weiß Dirk Görge, Pflegeexperte der DKV.

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland steigt und rund 80 Prozent von ihnen werden zu Hause versorgt – meist durch Angehörige. Vor allem für Berufstätige ist das oft nicht einfach. Mit der sogenannten Familienpflegezeit bietet der Gesetzgeber eine Unterstützungsmöglichkeit für pflegende Angehörige, mit der sie die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeit auf bis zu 15 Stunden pro Woche zu reduzieren. „Die verkürzte Arbeitszeit bezieht sich dabei auf den Jahresdurchschnitt“, erläutert Dirk Görge, Pflegeex-

perte der DKV. „Mit dem sogenannten Blockmodell können sich Berufstätige die Zeit nach Rücksprache mit dem Arbeitgeber so einteilen, dass sie zu den Bedürfnissen des Pflegebedürftigen passt. „Insgesamt ist das maximal für zwei Jahre möglich. Entsprechend der reduzierten Arbeitszeit sinkt auch das Gehalt des Beschäftigten“, so Görge.

Um die Familienpflegezeit zu beantragen, ist das Vorliegen eines Pflegegrads Voraussetzung. Die pflegende Person muss außerdem ein naher Angehöriger sein. Dazu gehören unter anderem Eltern, Großeltern, Stief- oder Schwiegereltern, Ehegatten, Lebenspartner, Partner in einer eheähnlichen oder Lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft, Geschwister, Kinder oder Enkelkinder. „Darüber hinaus ist es entscheidend, dass die Pflege im häuslichen Umfeld – Ausnahmen gelten bei minderjährigen, pflegebedürftigen, nahen Angehörigen – und durch einen Arbeitnehmer, Auszubildenden oder einen Heimarbeiter erfolgt“, erklärt der Pflegeexperte der DKV. Ein Anspruch auf Familienpflegezeit

besteht grundsätzlich nur, wenn im Unternehmen mindestens 26 Mitarbeiter beschäftigt sind. „Es ist aber in jedem Fall sinnvoll, beim Arbeitgeber nachzupfassen und das Gespräch zu suchen“, rät Görge.

Um die Familienpflegezeit zu beantragen, müssen Arbeitnehmer laut § 2a Abs. 1 des Familienpflegezeitgesetzes (FPfZG) ihren Arbeitgeber mindestens acht Wochen vorher schriftlich darüber informieren und ihm die gewünschte Dauer und Arbeitszeit mitteilen. Der Arbeitgeber hat den Wünschen des Arbeitnehmers zu entsprechen, es sei denn, dass dringende betriebliche Gründe entgegenstehen. Die Parteien sollten die getroffene Vereinbarung schriftlich festhalten. Es ist außerdem mit Zustimmung des Arbeitgebers jederzeit möglich, auch während der laufenden Familienpflegezeit, die angegebene Dauer bis auf die maximalen zwei Jahre zu verlängern. Ein Musterformular für die notwendige Beantragung beim Arbeitgeber bietet beispielsweise die Website wege-zur-pflege.de des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Während der Familienpflegezeit verdienen Arbeitnehmer weniger, müssen aber natürlich weiter ihre laufenden Kosten decken. Damit sie dann durch den geringeren Lohn nicht in finanzielle Schieflage geraten, haben sie Anspruch auf ein zinsloses Darlehen des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA). „Im Rahmen der Förderung erhalten sie jeden Monat eine Rate in Höhe der halben Differenz zwischen dem alten und dem gekürzten monatlichen Nettogehalt“, so Görge. Mit dem sogenannten Familienpflegezeit-Rechner des BAFzA können Arbeitnehmer herausfinden, wie hoch ihr Darlehen voraussichtlich ausfällt. Die Rückzahlung nach Beendigung der Freistellung erfolgt dann ebenfalls in monatlichen Raten. „Für die Beantragung beim BAFzA benötigen Arbeitnehmer ihre Entgeltbescheinigung, die Bescheinigung über die Pflegebedürftigkeit sowie die schriftliche Vereinbarung mit dem Arbeitgeber“, erklärt der Pflegeexperte der DKV. Ein Musterformular für die Antragsstellung steht ebenfalls auf der Website des BAFzA zur Verfügung. WS

Die Vereinbarkeit von Pflegetätigkeit und Beruf stellt Pflegekräfte oft vor eine große Herausforderung. Die Familienpflegezeit kann ein Lösungsmodell sein.

Foto: ERGO Group

BERGE | PERLEBERG | KYRITZ

PFLEGEDIENST

Inhaber M. Lenz

- AMBULANTE PFLEGE
- TAGESPFLEGE
- INTENSIVPFLEGE
- URLAUBS- U. VERHINDERUNGSPFLEGE

- BETREUUNG/BERATUNG
- HAUSMEISTERDIENST
- FAHRDIENST
- WOHNUMFELD VERBESSERENDE MASSNAHMEN

Lindenplatz 1a 19348 Berge
Tel.: 038785 / 901078
Fax: 038785/ 901096
info@pflegedienst-lenz.de

BETREUUNGSVEREIN KYRITZ e.V.

Unsere Tätigkeitsschwerpunkte

- Beratung und Erstellung von Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen
- Akquirieren und Begleitung ehrenamtlicher Betreuer und Bevollmächtigte
- Weiterbildung für ehrenamtliche Betreuer und Bevollmächtigte

Kontakt: Betreuungsverein Kyritz e.V.
Mühlenstraße 1 | 16866 Kyritz
Internet: www.betreuungsverein-kyritz.de
Telefon: 033971 - 5 67 00

Wir machen Ihnen das Leben leichter!

Beratung bei uns oder bei Ihnen zu Hause.

SANITÄTSHAUS NORDlicht

Fachhandel für Medizin- & Reha-technik GmbH

16928 Pritzwalk · Saarstraße 2 · Tel.: 03395 / 754970 · Fax: 03395 / 7549777
19348 Perleberg · Am Hohen Ende 4 · Tel.: 03876 / 612743 · Fax: 03876 / 3069407
E-Mail: info@sanitaetshaus-nordlicht.de · Web: www.sanitaetshaus-nordlicht.de